

Weisung des Stadtrates an den Gemeinderat

Motion der AL-Fraktion betreffend Minergie-P-Bauten, finanzielle Förderung, Fristerstreckung

Der Gemeinderat hat am 24. Oktober 2007 beschlossen, folgende von der AL-Fraktion eingereichte Motion, GR Nr. 2007/350, an den Stadtrat zu überweisen:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zur finanziellen Förderung von Minergie-P-Bauten vorzulegen.

Begründung

Ein zentraler Hebel zur Richtungsänderung bei der Umweltbelastung durch übermässigen und unnötigen Energieverschleiss ist der Gebäudebereich (Heizung, Warmwasser, Kühlung). Mehr als 40 Prozent des Energieverbrauchs in der Schweiz entfällt heute auf den Wärmebedarf von Gebäuden (Heizung und Warmwasser). Hier, wo mit Investitionszyklen von rund 60 Jahren gerechnet wird, haben Investitionsentscheide von heute langfristige negative oder positive Auswirkungen.

Im Gebäudebereich besteht ein Einspar- und Effizienzpotenzial im Gebäudebereich auf 50 bis 90 Prozent gegenüber konventionellen Bauten. Dieses enorme brachliegende Potenzial wird in der Stadt Zürich bei weitem nicht ausgeschöpft.

Damit Grundeigentümer sich entschliessen, bei Neubauten den weitergehenden Minergie-P-Standard einhalten und keine für die Mieterinnen und Mieter unzumutbaren Kosten entstehen, sind vorderhand kommunale Zuschüsse als Anreiz erforderlich. Die vorliegende Motion lehnt sich weitgehend an eine Regelung an, die der – bürgerliche – Gemeinderat von Horgen der Gemeindeversammlung vom 21. Juni vorschlägt (NZZ vom 30. Mai 2007).

Der Stadtrat hatte mit Beschluss vom 19. September 2007 entschieden, die Motion abzulehnen und beantragte dem Gemeinderat, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln, welches er entgegenzunehmen bereit war. Am 24. Oktober 2007 fasste der Gemeinderat indes mit 96 gegen 21 Stimmen den Beschluss, die Motion an den Stadtrat zu überweisen.

Im Auftrag des damaligen Vorstehers des Gesundheits- und Umweltsdepartements hat die Verwaltung einen Bericht und Antrag formuliert, der im Kern zum Schluss gelangt, dass angesichts erheblicher Mittel und beratender Leistungen von Bund, Kanton und Stadt zur Förderung des Minergie-P®-Standards keine weitere finanzielle Unterstützung von Seiten der Stadt erforderlich sei.

Die neue Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltsdepartements möchte die von den Motionärinnen und Motionären aufgeworfenen Fragen vor dem Hintergrund des Standes der Entwicklung und erkennbarer Trends nochmals gründlich überprüfen. Überdies stehen auf der Tagliste des Gemeinderates verschiedene Vorstösse, welche in eine ähnliche Richtung weisen. Es macht deshalb Sinn, die Behandlung der ähnlich gelagerten Anträge im Gemeinderat, welche die zusätzliche Bereitstellung von städtischen Mitteln zur Unterstützung von Klimaschutzmassnahmen im Zeichen des Gemeindebeschlusses vom 30. November 2008 zur 2000-Watt-Gesellschaft for-

dern, abzuwarten und sie – sollten sie überwiesen werden – unter Einbezug der AL-Motion vom 13. Juni 2007, nicht zuletzt auch im Interesse des Gemeinderates, gemeinsam zu prüfen und mittels kohärenter Strategie des Stadtrates umfassend zu beantworten. Dies sind auch die Gründe, weshalb das Gesuch um Fristverlängerung verspätet gestellt wird, wofür sich der Stadtrat entschuldigt.

Gestützt auf Art. 92 Abs. 2 seiner Geschäftsordnung ist dem Gemeinderat folglich zu beantragen, die Frist zur Erfüllung der vorliegenden Motion um zwölf Monate zu erstrecken.

Dem Gemeinderat wird zur sofortigen materiellen Behandlung beantragt:

Die Frist zur Erfüllung der am 24. Oktober 2007 überwiesenen Motion, GR Nr. 2007/350, von der AL-Fraktion vom 13. Juni 2007 betreffend Minergie-P®-Bauten, finanzielle Förderung, wird um zwölf Monate bis zum 30. Juni 2011 verlängert.

Die Berichterstattung im Gemeinderat ist der Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements übertragen.

Im Namen des Stadtrates

die Stadtpräsidentin

Corine Mauch

der Stadtschreiber

Dr. André Kuy